

Erstein
mit Ausnahme von
und Reichsamt

Bezugpreis
monatlich 3,50 M. frei
haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 M. 25 Pf.

Wochenl. 25 Pf.
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreiszeitung

für den Oberlausen-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Spalte
je oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichten-Teil die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Woh-
nungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Verkaufsstelle
Zusatzstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Bekanntmachung.

Der Arbeiterrat verfügt, daß mit dem heutigen Tage alle Jugendlichen bis zum sechzehnten Jahre um 7 Uhr abends im Hause sein müssen.

Wer von ihnen nach dieser Stunde noch ohne schriftliche, vom Arbeiterrat ausgestellte Erlaubnis auf der Straße angetroffen wird oder am Tage sich Ruhestörungen zuschulden kommen läßt oder Unfug verübt, wird bestraft. Auch die Eltern werden zur Verantwortung gezogen.

Homburg v. d. H., den 13. November 1918.

Der Arbeiterrat.

Der letzte Hohenzoller.

D. R. K. Es erfüllt sich ein Schicksal. Und man mag sagen, was man will, es rüttelt doch Millionen von Volksgenossen bis ins Mark.

Hier soll die Unabwendbarkeit der Ereignisse nicht nochmals untersucht und ausgedeutet werden. Es sei auch nicht weiter nach dem Maße der Schuld der Persönlichkeit des letzten Trägers der Krone gefragt, wenn der Hammer der Geschichte den Thron erschmettert, wenn die an glorreichen Abschnitten reiche Regierung des Hohenzollernhauses in Preußen und dem Reich an ihrem Abflusse steht. Durch die lange Kette der inneren und äußeren Krisen seit Jahr und Tag zieht sich der hiege Streit der Parteien darüber, wie es gekommen ist und kommen konnte, daß Wilhelm II. mit allen Gebrechen des Systems persönlich belastet wurde, an dessen Ende das ganze Grauen eines verlorenen Kampfes steht. Eines verlorenen Krieges, für den unerhörte Kräfte unseres deutschen Volkstums eingesetzt, in den alle Quellen unserer Wirtschaft geleitet worden sind. Eine Welt mußte sich gegen das Deutschtum verbünden, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Mit dem Griffel in der Hand stehen unsere Unterhändler, um das Diktat der Friedensbedingungen der Feinde entgegenzunehmen. In dieser Stunde stirbt das Alte, in dieser Stunde schreitet der Monarch vom Throne herab und eine neue Zeit tritt die Erbschaft an.

Wenn die Gemüter in wilder Wallung sind, wenn das Hirn sich im Tumult befindet und alles fieberhafte Sinnen nur darauf aus sein darf, der Rustulatur des Volkstörpers Herr zu bleiben, auf daß ihn die sich herabsenkende Last nicht zu Brei zerquetsche, dann ist kein Raum mehr für eine leidenschaftlose Abwägung und Abgleichung von Schuld und Sühne, für die historische Gerechtigkeit, die den Parteien das Bild gelassen und fast entwundet, das sie in den Erregungen der Stunde hin- und herzerren. Also tritt still beiseite. Bis sie ihres Amtes wieder waltet, bis sich in ihrer Hand die Fäden aus dem chaotischen Wirbel der Meinungen, Anklagen und Verdächte wieder ordnen, bleibt das letzte Wort ungesagt. Aber das verhindert nicht, zu erkennen, daß gegenüber dem ungestümen Drange der Enttäuschten, die die Nacht selbst in die Hand nehmen, gegenüber dem hemmungslosen „Kreuzige!“-Rufe, der der Monarchen als Sündenbock in die Wüste schickt, ungezählte Tausende von Staatsbürgern, die durchaus kritisch der Persönlichkeit und der Regierungsweise des Kaisers gegenüberstanden, heute dennoch auch anderen Gedanken Raum geben. Sie lehnen es einmal ab, die schwere Frage der Verantwortung persönlich so eng zu umgrenzen und auf den Träger der Krone zuspitzen, sie belassen damit weit über die Säulen dessen hinaus, was man als das niederbrechende System bezeichnet, zahlreiche Faktoren unseres gesamten öffentlichen Lebens und sie sind nicht so rasch fertig mit dem Signal zum Verbrennen dessen, was auch aus Initiativen der Krone heraus auf dem Gebiete der Förderung der nationalen Wohlfahrt und des gesunden Fortschrittes geschehen ist.

Die Hinterlassenschaft des letzten Hohenzollern auf dem Throne ist ein Frieden, als dessen Folge die nationale wirtschaftliche und politische Zerrüttung nur abgewehrt werden kann, wenn das deutsche Volk das letzte aus sich herausholt und zu dieser Erwartung berechtigt das Vertrauen in die Unverwundlichkeit seiner Kräfte. So schwer diese Erbschaft nach der sachlichen und realen Seite ist, so leicht mußte sie füglich nach der persönlichen Seite anzutreten sein. Es wäre indessen nach der Auffassung eines starken Volkswillens unbillich und ungerecht, nun Wilhelm dem Zweiten das Zepter entgleitet, mit einer wohlfeilen Mißachtung über alles hinwegzusehen, was sich in seiner Regierungsweise zum Nutzen des Staates ausgewirkt hat. Ist es erlaubt, zu finden, daß seine Fehler die Fehler seiner Tugenden waren? Ist es erlaubt, gar manchen Schatten auf seiner Regierung zu erklären aus dem Lichte, das seine eigenartige Persönlichkeit ausstrahlte? Die es tun, sind nicht blind gegen alle die Geschehnisse, an die sich die Fragen nach Schuld und Sühne knüpfen; aber sie halten es für vereinbar, die sinkende Zeit zu begraben und den Entschluß, gerast zu sein, leben zu lassen.

Das Programm der Regierung.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Ein Aufruf der Volksbeauftragten kündigt an: Die Regierung setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verkündet mit Gesetzeskraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter. Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gestapodeordnungen sowie der Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinsetzung der Arbeiterschutzbestrebungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Arbeitstag in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geordneter Volksernährung, Ausdehnung der geordneten Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportional-System für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Die Nationalversammlung.

Frankfurt a. M., 12. Nov. (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung hat sich, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erzählt, nach scheinbarem, anfänglichem Widerstande, der wohl hauptsächlich von einem Teil der auf dem äußersten linken Flügel der Unabhängigen stehenden Mitglieder ausgeht, dazu entschlossen, sofort nach Regelung der wichtigsten Tagesfragen die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen. Dieser Beschluß ist gefaßt worden in voller Uebereinstimmung mit dem Volksgesamtschuß des Arbeiter- und Soldatenrates, und die letzten Sitzungen, namentlich des Soldatenrates, ließen erkennen, daß man dort nicht damit einverstanden sei, anstelle der alten rücksichtslosen Gewalten neue ebenso rücksichtslose zu schaffen, sondern als Grundlage für die neue deutsche Volksrepublik das Recht der Meinungsfreiheit zu setzen wünsche. Auch die in der Regierung befindlichen Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei haben sich mit der Einberufung der Nationalversammlung einverstanden erklärt. Wir haben von Persönlichkeiten wie Haase und Liebknecht nie etwas anderes erwartet. Sie hätten ja sonst auch ihre eigenen Grundsätze, für die sie ein Leben lang gekämpft haben, über Bord werfen müssen. Anders liegen die Verhältnisse allerdings bei der Spartakusgruppe, bei den Anhängern Liebknechts und Kihles, die auch Deutschland mit dem rücksichtslosen Volksgewalt, mit dem Terror, beglücken wollen. Auch die organisierten bürgerlichen Parteien, die mit Ausnahme einzelner ihrer Präorgane in den letzten Tagen nicht mehr lebendig zu sein schienen, verlangen in verärgelter Weise, daß in dem geordneten Rechtsstaate ihre Meinung gehört wird. Die fortschrittliche Volkspartei hat ihren geschäftsführenden Ausschuß einberufen, andere Parteien werden daselbe tun, und es wird möglich sein, daß sie in Versammlungen und Kundgebungen programmatisch zu der geschaffenen neuen Lage Stellung nehmen.

Die Demobilisation.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation“ (Demobilisationsamt) errichtet. Mit der Leitung dieses Amtes wurde mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Oberleutnant Koeth, Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, beauftragt. Dieser hat die gesamten Arbeiten der wirtschaftlichen Demobilisation unterzüglich in die Hand zu nehmen und sich mit den sämtlichen hierbei in Betracht kommenden Zentral-, Provinzial-, Lokalbehörden der Reichs- und Bundesstaaten zu diesem Zweck in Verbindung zu setzen. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Weisungen des Herrn Koeth in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisation unweigerlich und mit größter Beschleunigung Folge zu leisten und ihm zur Durchführung seiner für die Wohlfahrt unseres Volkes äußerst wichtigen Aufgabe nach jeder Richtung behilflich zu sein.

Die Reichsregierung: Ebert, Haase.

Hindenburg an die deutsche Armee.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung voll-

brachte die Armee Gewaltiges in stetigen Angriffsschlachten und zäher Abwehr. In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecken und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftsforgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüffstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Änderungen.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Nach einem gestern vormittag 6 Uhr 25 vom Eisselturm gegebenen Justspruch der deutschen Bevollmächtigten an die Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden.

Die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltene neutrale Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometer (statt 30–40 Kilometer) vom Fluß erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt 30 Tagen (statt 25) bewirkt sein. Die Zahl der auszuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10 000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen wird vereinbart, daß die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt werde. Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß der Vorfriedensverhandlungen geregelt. Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Oesterreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Frieden zu Rußland gehörenden Gebiete, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten. Nach Artikel 14 müssen alle Requisitionen, Beschlagnahmen oder Zwangsmahnahmen der deutschen Truppen, die dazu bestimmt waren, sich Hilfsmittel für Deutschland in Rumänien und Rußland zu beschaffen, sofort aufhören. Der Zugang der Alliierten zu den geräumten Gebieten an der Ostgrenze, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, soll der Versorgung der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der Ordnung dienen.

Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß dieses Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmung über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote einschließlich der U-Bootkreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach einem von den Alliierten bestimmten Lagen. Solche, die nicht in See stechen können, werden ausgerüstet, vom Personal verlassen und unter Aufsicht gestellt. Die Bedingungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von 14 Tagen ausgeführt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen sieben Tagen zu verlassen.

Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach abgeschlossenem Waffenstillstand nicht verhindern wird in dem Maße, wie sie es für notwendig halten werden. Es wird jedoch zum Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung während des Waffenstillstandes. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Im Laufe dieses Zeitraums kann der Waffenstillstand, wenn die Klauseln nicht erfüllt werden, mit 48stündiger Wirkung gekündigt werden. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Prinzip einer ständigen internationalen Waffenstillstandskommission angenommen.

(Auch diese Änderungen werden der Allgemeinheit leider nur „auszugsweise“ mitgeteilt. Bis zur Veröffentlichung des vollständigen Inhalts der Bedingungen, wird man gut tun, Zurückhaltung zu üben. Red.)

Ein Kommentar Wilsons.

Die Aufgaben nach dem Kriege.

Präsident Wilson hat im Kongreß eine Rede gehalten, über die das Wolffsche Telegraphen-Büro auszugsweise folgenden drahtlosen Bericht gibt:

Washington, 12. Nov. (W. B.) Drahtlos. Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewaffnete Imperialismus und die Militärliste Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind vernichtet. Vielmehr als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt haben sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden aufzurichten, der die Sehnsucht der Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleich bestehen soll, die auf viel besserer und dauerhafterer Grundlage aufgebaut sein werden, als den selbstischen und konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der siegreichen Regierungen hat sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kriegsrates in Versailles versammelten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen, um mit Lebensmitteln und Versorgung das Elend zu erleichtern. Es sollen weitere Schritte getan werden, um diese Unterstützungsmassregeln in systematischer Weise zu organisieren wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraums der Mittelmächte soll es alsbald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker vor vollständiger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es bei Ausrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberstehen, mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der Frieden geschlossen ist, auf wessen Besprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind, die jetzt endlich in Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufzurichten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht von ihren Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie in den Stand setzen wird, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Absicht oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg zur Selbstbeherrschung und zur friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir die Geduld und die Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Die Lage im Reiche.

Berlin, 12. Nov. (Priv.-Tel.) Der vierte Tag der Revolution hat die völlige Wiederherstellung der Ruhe vollbracht. Die Straße, auch die Teile der Linden von der Friedrichstraße bis zur Schlossbrücke, der die letzten Tage der Schaulplatz heftiger Schiebereien war, bietet heute ein vollkommen ruhiges Bild. Auf der neuen Bibliothek weht die rote Fahne. Rote Fahnen sind auch am Opernhaus, an der Universität, am Kronprinzenpalais und am Zeughaus zu sehen. Am Palais Wilhelm I. ist eine der Glasüren nach der Rampe durch Kolbenschläge zertrümmert. Die Leute auf der Straße gehen ihren Geschäften nach. Die Wachen, die an einigen Wegkreuzungen und vor der Kommandantur auf- und ab-

gehen, sind ruhig und höflich. Sie machen den gleichen vernünftigen Eindruck, wie der ganze Ordnungsdienst der Volksregierung in diesen Tagen, der nun hoffentlich durch irgendwelche Putzschere nicht mehr gestört werden wird. Das gestern erlassene Verbot des Aufenthalts auf der Straße nach 8 Uhr abends ist heute bereits wieder aufgehoben worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat spricht die Erwartung aus, daß sich niemand zwecklos auf der Straße zeige und daß diejenigen, die ihr Beruf zwingt zu später Nachtstunden die Straße zu passieren, sich unverzüglich nach Hause begeben. Die Polizeistunde für Groß-Berlin bleibt wie bisher auf 1/2 12 Uhr festgesetzt.

Den an die Arbeiterschaft von ihren Organisationen ergangenen Anregungen entsprechend, ist heute in Groß-Berlin fast allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch in den großen Betrieben wie A. E. G., Siemens u. Halske, S. E. W. usw. fehlen nur noch vereinzelte Arbeiter. Man darf danach auf ein volles Weiterfunktionieren des gewerblichen Lebens rechnen, was zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände dringend erwünscht ist.

Bildung von Bürgerausschüssen und Banträten.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches, selbst den schwersten inneren Umwälzungen tatenslos gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten auf. Diese Bürgerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen und vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin haben wir bereits die nötigen Schritte.

Der Hansabund: Dr. Richter.

Der Deutsche Beamten-Berein, der ungefähr die Hälfte der Bankangestellten Deutschlands umfaßt und mit über zweihundert Zweigorganisationen über das ganze Reich verbreitet ist, stellt sich der neuen Regierung zur Verfügung, um mit beizutragen, daß das Chaos verhindert wird. Er richtet an alle Berufsangehörigen den dringenden Appell, Ruhe zu bewahren und in unveränderter Weise die Arbeit zu verrichten. Die Aufrechterhaltung des Geldverkehrs ist nicht minder wichtig als die Sicherung der Ernährung. Es wird jetzt überall zur Bildung von Banträten geschritten. Auch zeigen sich die Vereinigungen der Arbeitgeber im Bankgewerbe zur Verhandlung von Organisation zu Organisation bereit. Es ist deshalb zu erwarten, daß die berechtigten Wünsche der Bankangestellten erfüllt werden.

Frankfurt a. M., 12. Nov. Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates. Am Donnerstag, den 14. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet in Köln eine Delegiertenkonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte von Rheinland-Westfalen statt.

Wiesbaden, 12. Nov. (Priv.-Tel.) Der hiesige Regierungspräsident v. Meißner hat sich mit seinem Beamtenrat bereit erklärt, in den Dienst des Arbeiter- und Soldatenrates zu treten, damit in erster Linie der Ernährung im Regierungsbezirk Wiesbaden keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Ruhe ist nirgendwo gestört, jedoch ist eine starke Einschränkung des Kurverkehrs bemerkbar. In den letzten Tagen waren nur 20 Kurgäste gemeldet.

Vom früheren deutschen Kronprinzen.

Widersprüche.

Amsterdam, 12. Nov. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die Niederländische Telegraphen-Agentur erfährt aus Maastricht folgende Einzelheiten über die Ankunft des deutschen

Kronprinzen: Heute nachmittags 2 Uhr meldeten sich an der Grenze in Sud Bronhoeven drei Automobile an, in denen sich fünf deutsche Offiziere befanden. Sie wurden durch einen holländischen Leutnant interniert. Einer der Offiziere war der frühere deutsche Kronprinz. Nach Abgabe der Waffen mußte die Gesellschaft auf die Ankunft des Garnisonkommandos von Maastricht und das Divisionskommando der Gendarmerie warten, die den Kronprinzen nach dem Gouvernementsgebäude begleiteten. In Abwesenheit des Kommissars der Königin wurde der Kronprinz von einem Sekretär empfangen. Er blieb mit seinen Begleitern heute Nacht in dem Gouvernementsgebäude, vor dem Polizei Wache hält und wartet dort die Entscheidung über sein Verbleiben in Holland aus dem Haag ab.

Berlin, 12. Nov. (W. B.) Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Kaiser nach Holland begeben hat, ist wie wir erfahren, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front. (Eins dürfte feststehen, daß das gestern aufgetauchte Gerücht, der Kronprinz sei durch deutsche Soldaten an der holländischen Grenze ermordet worden, sich nicht bestätigt. Red.)

Die Wohnungsnot.

Eine dringende Zukunftsfrage.

Eine der brennendsten Fragen der jetzigen Zeit für die Bevölkerung der Städte ist die Wohnungsfrage, denn durch das fast völlige Aussehen der privaten Bautätigkeit während der langen Kriegsjahre fehlt es in allen Städten, besonders in den Großstädten in bedenklichem Maße an Wohnungen, vor allem an Kleinwohnungen, die aus einem bis drei Zimmern bestehen. Die erste, ganz natürliche Folge davon ist, daß die Mietspreise außerordentlich hochgestiegen und noch fortwährend im weiteren Steigen begriffen sind. Schon lange vor dem Kriege konnte überall eine ständige Steigerung der Mietspreise festgestellt werden. So stiegen zum Beispiel in Köln die Mietspreise in den letzten zwanzig Jahren vor dem Kriege für zweiräumige Wohnungen um 48 Prozent und für dreiräumige sogar um 53 Prozent. Zwischen 1900 und 1910 fand in der Stadt Posen eine durchschnittliche Erhöhung des Preises für Kleinwohnungen um 25 Prozent statt. Man kann im Allgemeinen annehmen, daß in den letzten zehn Jahren bis zum Kriege die Wohnungspreise für kleine und mittlere Wohnungen in den Industriegebieten und großen Städten durchschnittlich um 25 Prozent, ja in vielen Fällen um 50 bis 60 Prozent und noch mehr gestiegen sind. Diese auffallende Steigerung erhielt während der Kriegsjahre noch einen viel größeren Anstoß als vorher, denn da durch den Krieg sehr viele Familien, die früher eine größere Wohnung hatten, sich einschränken und eine kleine Wohnung beziehen mußten, wurde die Nachfrage nach diesen immer größer, besonders da neue Wohnungen nicht mehr gebaut wurden. Manche der plötzlichen sehr hohen Steigerungssätze sind sicherlich unbedeutend, aber andererseits muß auch in Betracht gezogen werden, daß den Hauswirten durch die Kriegszeit erhöhte Lasten aufgebürdet sind. So ist es leider gekommen, daß wir jetzt in einer Zeit großer Wohnungsnot stehen, die gerade die bedürftigen Kreise unseres Volkes am härtesten trifft und am schwersten belastet.

In erhöhtem Maße ist aber durch den Weltkrieg die Erkenntnis durchgedrungen, daß für die arbeitende Bevölkerung gesunde Wohnungen geschaffen werden müssen, daß es nicht mehr angeht, die Familien in engen Mietshäusern zusammenzupferchen in luft- und lichtarmen Wohnungen, die bei ihrer Ueberfüllung eine Brutstätte von allerlei Krankheiten, sowie von körperlichen und sitt-

OSRAM AZO

Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt

Auergesellschaft
Berlin O 17

Aus französischen Königssälen.

Skizzen von E. v. Malyahn.

1. In Trianons Gartensälen.

Herbst an den Ufern der Seine. Rote Ebereschensalzen leuchten ins Land, weit hin ziehen sich die Stoppelfelder, Septemberseide weht weiß und düftig. Überall reisende Früchte, Ernteseiten. Überall eine Farbenslut, wie sie nur die Länder der Sonne kennen. Purpurne Rosenfränge, die den Abend nicht mehr erleben, Ästern und Malven in zarter, gestaltenbunter Fülle, leuchtender, lachender als die Blüte des Lenzes, — man möchte dieser wunderbaren späten Natur das tiefste Dichtwort zurufen: „Stirb nicht, du bist zu schön zum Sterben!“ Doch die Zeit rinnt. Die Blätter fallen.

In den Wäldern von Versailles waltet Mittagzauber. Jene ferne Stille am hellen Tage, jenes träumende Spiel, leicht wie ein Federlein und doch ein Stück Leben. Die Dämmerung trägt ihre Schatten hinein, der Mittag hält sein Goldgepäck bereit. Und Feenhände wirken und weben.

Draußen, wo die Wiesen sich breiten, liegt Klein Trianon. Eine Ansiedlung, ein Dorf, Strogedeckte Häuschen mit kleinen Gärten davor. Und wieder duftender Ernteseiten, Ästernsträucher und Traubenglut. Über den niedrigen Türen sonnt Italiens edler Gast, der Feigenbaum, die süße Frucht.

Aus dem Kranz ländlicher Heimstätten erhebt sich ein einstöckiger Pavillon. Rosen umspinnen die Fenster, purpurn rankt der wilde Wein um Terrassen und Erker. Eine Fülle von Blumen ringsum. Bis tief in den Wald hinein leuchtende Blütenpracht.

Ueber einen plätschernden Bach spannt sich ein Brückchen, zierlich, mit weißem Geländer; Laubgänge laden zu heimlicher Zwiegespräche. Hier und da tritt eine Marzgestalt aus den Farnen, eine Eidechse huscht über den Weg, mit rubinglühenden Augen Umschau haltend. Reife rauscht's in den Wipfeln, auf dem bunten Waldgrund leuchten Sonnenlichter. Ein blutrotes Blatt löst sich vom Zweig und flattert in den Quell.

Es ist, als warteten Wald und Blumen auf eine Erscheinung, auf ein Wesen, das zu ihnen gehört, wie das Licht zur Farbe.

Und dann öffnet sich trübten die Tür des Gartensaals, und eine Frauengestalt im weißen Musselinkleide, einen Strohhut am Arm, tritt ins Freie.

Die berühmte französische Künstlerin Madame Elisabeth Louise Biges-Lebrun gibt in kurzen Worten den Eindruck wieder, den die erste Begegnung mit der Herrin von Trianon auf sie ausübte. Sie schreibt: „Im Jahre 1779 malte ich zum erstenmal ein Bild der Königin, die damals im vollen Glanze ihrer Jugend und Schönheit stand. Marie Antoinette war groß, herrlich gebaut, ziemlich voll, ohne daß es zuviel war. Ihre Arme waren wunderschön, ihre Hände klein, von vollendeter Form, ihre Füße zierlich. Sie hatte den schönsten Gang aller Frauen Frankreichs. Den Kopf trug sie sehr hoch, mit einer Majestät, welche sie als die Herrscherin inmitten ihres ganzen Hofes heraus erkennen ließ, ohne daß doch diese Würde dem Sanften, Wohlwollenden, das sich in ihrem Aeußern ausdrückte, schadete. Es ist schwer, denen, die die Königin nie gesehen haben, einen Begriff von dieser Vereinigung von Grazie und Hoheit zu geben. Das Bemerkenswerteste in ihrem Antlitz war ihr wunderbarer Teint. Ich habe

niemals einen so glänzenden gesehen, ihre Haut war geradezu durchsichtig. Ich vermochte sie gar nicht, wie ich wünschte, wiederzugeben; mir fehlten die Farben, um diese Frische, diese zarten Töne zu malen, die nur dieses Antlitz besaß, und die ich bei keiner anderen Frau wieder gefunden habe.“

Nach einem großen Hofsport fährt sie fort: „Ich sah die Königin in vollem Schmuck mit Diamanten bedeckt, und in dem strahlend hellen Sonnenschein erschien sie geradezu blendend. Der hochgetragene Kopf auf dem schönen Hals gab ihr ein so majestätisches Ansehen, daß man eine von ihren Nymphen umgebene Göttin zu sehen glaubte.“

So weit die Zeitgenossin.

Die Sonne stand hoch am Himmel. Marie Antoinette hatte ihre Tauben und Hühner gefüttert, ihre Lieblingsplätze besucht. Morgen wollte sie die Kühe melken. Einen Haufen Blumen im Arm, kam sie von ihrem Morgen-spaziergang zurück. Die österreichische Kaiserin führte in Klein Trianon ein Leben wie daheim in dem patriarchalischen Hause der Habsburger, — ein Landleben mit all seinen Reizen, frei vom Zwange der Etikette. In vollen Zügen genoss sie diese Sommerstage, die Morgenstunden mit ihren taustischen Blumen, ihren kleinen Freuden in Wald und Garten, die Nachmittage und Abende mit ihrem Gang und Spiel und Tanz. Denn Marie Antoinette hatte viele Gäste. Der ganze Hof wanderte nach Klein Trianon hinaus. In den Gartensälen der Königin trafe sich die Heutvoelle von Versailles im einfachen Straßenkleide. Und die Toilette gab hier den Ton an: das Zeremoniell verschwand mit dem Hofkleide. Nach dem Dejeuner eilte alles hinaus, hierhin, dorthin. Jeder ging seinen Privatvergnügungen nach.

(Fortsetzung folgt.)

den Schäden sind. Und gerade die kinderreichen Familien, die doch die Zukunft unseres Landes bedeuten, sind am allererschwersten daran, denn ihnen werden von vielen Hauswirten überhaupt keine Wohnungen gegeben oder nur solche schlechtester Beschaffenheit. Solche Zustände müssen aber unbedingt beseitigt und es muß alles getan werden, um genügend gesunde Wohnungen für die Arbeiter zu beschaffen. Die Bestrebungen verdienen daher die größte Unterstützung, die darauf ausgeht, den Minderbemittelten eine eigene Heimstätte zu schaffen, den Familien eine feste Heimat zu geben. Leider stehen diesen Bestrebungen gerade bei unseren Industriearbeitern viele Hindernisse entgegen, als deren größtes die außerordentlich hohen Bodenpreise in den Industriegebieten anzusehen sind, die oft direkt in Bodenwucher ausarten, so daß ungezählte Tausende ihr ganzes Leben lang von schlechten und teuren Wohnungen abhängen.

Manche Gemeinden sind neuerdings in vorbildlicher Weise vorgegangen, um den Arbeitern eigene Heimstätten zu schaffen, ebenso wie den heimkehrenden Kriegern. Diese Eigenheime sind praktisch gebaute Landhäuser, die in der Regel zwei Wohnungen von je zwei Zimmern, Küche, Keller, Bodentraum und Stallung für Kleintiere enthalten. Die Mittelwand des Hauses trennt beide Wohnungen völlig voneinander und ebenso sind die Gärten, die dem Besitzer Rüchenträger u. einen großen Teil des Gemüses liefern, voneinander getrennt. Der Besitzer eines solchen Eigenheims hat also eine auskömmliche gesunde Wohnung und sitzt auf seiner eigenen Scholle, die er fleißig bearbeitet und mit jedem Jahr lieber gewinnt. Selbstverständlich müssen von diesen Heimstätten die Bodenbesitzer vollständig ausgeschlossen werden, es muß vom Reich ein Heimstättengesetz geschaffen werden, auf dem Gemeinden und Behörden sowohl, wie Private und Gesellschaften weiterbauen können, auf daß uns ein kräftiges, freies Geschlecht auf eigener Scholle heranwächst.

Eine historische Stadtverordneten-Versammlung.

Ht. Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben:

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung erschien ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und erklärte, daß jetzt der A. und S.-Rat die höchste Vertretung der Stadt darstelle und daß alle Behörden und Körperschaften von Frankfurt die gegebenen Nachverhältnisse anzuerkennen habe. Jegliche Tätigkeit der Sitzung würde fortan unter der Kontrolle des A. und S.-Rates ausgeübt. Der Aeltestenrat der Versammlung gab darauf nach kurzer Beratung die Erklärung ab, daß er den Rat als höchste Gewalt der Stadt anerkenne und bereit sei, in seinem Sinne zu arbeiten. Dementsprechend beschloß auch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig. Ebenfalls hat der Magistrat, dem zwei Mitglieder des A. und S.-Rates beigegeben werden, die neue Gewalt anerkannt. Am Mittwoch soll auf dem Rathaus die tote Fahne gehißt werden. Der stellv. Polizeipräsident Dr. Singelmer gab hierauf der Freude Ausdruck, daß sich der Umfassung in der Stadt ohne Störung vollziehen habe und warnte vor jedem Anschlag gegen die jetzige Macht. Er bat sodann, den unsinnigen Gerüchten, die umliefen, mit Nachdruck entgegenzutreten, wobei er mitteilte, daß heute nachmittag leider am Bahnhof geschossen werden mußte. Jetzt müsse alle Kraft den Heimkehrenden gewidmet werden, und wenn der Reichskommissar in Berlin die hiesigen Rohstoffe nicht freigebe, dann gebe sie der Frankfurter Polizeipräsident frei.

Die Versammlung genehmigte sodann einstimmig die Einführung des Achtstundens- Arbeitstages in den hiesigen Betrieben und bewilligte 50 000 Mark für die Einstellung neuer Hilfskräfte für die Abrüstungsarbeit, 2 000 000 Mark zur Beschaffung von Anzügen für die heimkehrenden Krieger und 500 000 Mark zur Beschaffung von Baustoffen. Schließlich wurde der Bildung einer lösgeliebten Friedenskommission, der auch 2 Frauen angehören sollen zugestimmt.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 13. Nov. 1918.

* **Kreistag.** Am Freitag, den 15. November, vormittags 11 Uhr, findet im Kreishauses eine Sitzung des Kreistags mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vorschlag des Kreisausschusses über Abänderung des Verteilungsplans der Kreistagsabgeordneten (§ 568/69 der Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. Juni 1885).
2. Vorlage, betr. Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Familienunterstützung und Erhöhung der laufenden Familienunterstützungen.
3. Ausgabe von Rotgeld für den Obertaunuskreis.
4. Zuwahl von 3 Sachverständigen für die Kreiskommission zur Abschätzung von Grundstücken, Gebäuden, Materialien (§ 4, 14, 20 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. 6. 1873).

* **Eine sehr zeitgemäße Bekanntmachung,** die alle Einrichtigen mit Befriedigung vernehmen werden, erläßt der Arbeiterrat Homburgs. Er verfügt, daß mit dem heutigen Tage alle Jugendlichen bis zum 16. Jahre um 7 Uhr abends im Hause sein müssen. Wer von ihnen nach dieser Zeit noch ohne schriftliche, vom Arbeiterrat ausgestellte Erlaubnis auf der Straße herumgeht, oder am Tage sich Ruhestörungen zuschulden kommen läßt oder Ungehörigkeiten verübt, wird bestraft. Auch die Eltern werden zur Verantwortung gezogen.

* **Aufhebung der Verdunklungsvorschriften.** Die Verdunklungsvorschriften werden, wie die Polizeiverwaltung im Anzeigenteil bekannt macht, aufgehoben. Dagegen bleibt die Verordnung des Magistrats vom 10. Oktober ds. Js. betreffend die Beschränkung und Beheizung in öffentlichen Verkaufsstellen bestehen.

* **Kurtheater.** Als erste Vorstellung im Abonnement H. findet morgen Donnerstag ein Gesamt-Gastspiel Oberbayerischen Bauerntheaters (Direktion: S. Sandbühler und W. Lanius) statt. — Zur Aufführung gelangt das berühmteste und erfolgreichste Repertoirestück des Schlierseer Bauerntheaters „Almenrausch und Edelweiß“, Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Hans Neuert, in welchem 16 Personen beschäftigt sind. — Beginn der Vorstellung 7½ Uhr.

* **Der Postschekverkehr** hat auch im September erfreuliche Ergebnisse gezeigt. Im Reichspostgebiet stieg die Zahl der Postschekfunden um 7750 auf 237 895 am Monatsende. Auf den Konten wurden 11 616 Milliarden Mark umgesetzt und 8 450 Milliarden Mark oder 72,7 v. H. des Umlages berlos beglichen. Das durchschnittliche Guthaben erreichte mit nahezu 840 Millionen Mark seinen bisher höchsten Stand. Im Deutschen Reich betrug Ende September die Zahl der Postschekfunden 275 500. Von dem Umlage (13 326 Milliarden Mark) wurden 9 616 Milliarden Mark barlos abgewiesen. Das Guthaben stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 962 Millionen Mark. Vordrucke zu Anträgen auf Eröffnung eines Postschekkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

* **Bezahlung im Entschädigungsverfahren beschlagnahmter Waren.** Seitens des Handels und der Industrie wurde vielfach Klage darüber geführt, daß die Bezahlung beschlagnahmter Waren zu lange hinausgeschoben werde. Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung teilt nunmehr infolge der Beschwerden mit, daß die Bezahlung im Inland beschlagnahmter Waren durch die Kriegsgesellschaften nach erfolgter Einigung über den Preis sofort, nach Spruch des Reichsschiedsgerichtes erfolgter Feststellung der Entschädigungshöhe erfolgen soll. Die Dauer des Entschädigungsverfahrens werde von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit Aufmerksamkeit verfolgt.

* **Reichsgerichtsentscheidung.** Nur der Verkäufer, nicht auch der Käufer ist bei einer übermäßigen Preissteigerung strafbar. So hat sich kürzlich das Reichsgericht ausgesprochen; „denn“, so führt das Reichsgericht aus, „nur der, welcher übermäßige Preise fordert oder sich von einem anderen gewähren oder versprechen läßt, ist nach der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung zu bestrafen. Demnach also der Verkäufer.“ Dieser Standpunkt dürfte ganz neu sein. Bisher ist man allgemein — und es sind auch in diesem Sinne bereits Gerichtsentscheidungen getroffen worden — der Auffassung gewesen, daß auch derjenige, der die übermäßigen Preise zahlt oder par bietet, strafbar ist. Unseres Erachtens dürfte dieser Standpunkt der richtige sein. Denn zweifellos werden die Verkäufer in vielen Fällen erst durch die Käufer dazu verleitet, höhere Preise als die festgesetzten zu nehmen (Anstiftung).

Aus Nah und Fern.

† **Ufingen, 12. Nov.** Für den Umfang des Kreises Ufingen hat sich ein Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Die Kreisbehörden haben sich seinen Forderungen unterworfen und werden, wie der Rat mitteilt, die Entlassung von besonders mißliebigen Beamten vornehmen.

† **Frankfurt a. M., 12. Nov.** (Bereiteter Ueberfall auf den Hauptbahnhof.) Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, wurde heute früh 4 Uhr ein Ueberfall auf den Hauptbahnhof versucht. In Bebra bemächtigten sich bewaffnete Leute einer Anzahl Wagen und fuhren mit diesen nach. Da man hier frühzeitig von dem Vorhaben Kenntnis erhielt, räumte man den Bahnhof und stellte die Wagen mit Maschinengewehren bereit. Als der Zug in den Bahnhof einlief, feuerten die Wageninsassen auf die Wagen, worauf diese mit Maschinengewehren antworteten. Die Schießerei dauerte nur kurze Zeit, worauf sich die Angreifer entfernten. Einige Personen wurden leicht verletzt.

† **Höchst a. M., 12. Nov.** (Aus dem gleichen Topf.) Auf Anordnung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde vom letzten Montag an für die Beamten und Arbeiter der Farbwerke ein Mittagstisch mit der gleichen Speisefolge eingeführt, so daß eine Bevorzugung der Beamten, über die schon seit langem von der Arbeiterschaft geklagt wurde, nunmehr in Fortfall kommt. Die gleiche Maßnahme des A. und S.-Rates auch in der Chemischen Fabrik Griesheim „Elektron“.

† **Griesheim a. M., 12. Nov.** In der Chemischen Fabrik „Elektron“ beschlagnahmte der Arbeiter- und Soldatenrat ein großes Lager verborgener Lebensmittel, das zu den bekannten hohen Preisen heimlich im Schleißhandel auf gekauft war und an die Beamenschaft abgegeben werden sollte. Die gesamten Waren werden demnächst zu den gesetzlichen Höchstpreisen an die Bevölkerung verkauft.

† **Gießen, 12. Nov.** Der Oberhessische Viehhandelsverband hat den Viehhändlern, Herrn Zieglerstein, Treis a. d. L., David Wetterhahn-Altphe, Jos. Strauß-Obersemen, Otto Theiß-Gießen, Samuel Samuel - Bad Nauheim, Louis Stern - Rodheim v. d. H., Werner Schwaib-Gießen und Nathan Strauß-Schlag wegen Unzuverlässigkeit die Erlaubnis zum Viehhandel und die dazu erforderliche Ausweiskarte für dauernd entzogen.

Vermischte Nachrichten.

— **„Erfundene“ Lebensmittel.** Was alles in der Zeit der Knappheit an natürlichen Ernährungsmitteln „erfunden“ und zusammengebastet wurde, um einen Ersatz zu schaffen, geht uns fabelhafte. Eine solchen aus Anlaß des Verbots zum Weitertrieb vieler Erfindungen herausgekommenen Aufstellung ergibt interessante Aufschlüsse. Am eifrigsten haben sich die Lebensmittel-Erfinder mit Limonaden und alkoholfreien Getränken beschäftigt zu haben; nicht weniger als 376 solcher Getränke wurden angemeldet, davon 47 als unzulässig zurückgewiesen. Auch zum Bierersatz hat man sich bemüht; von 166 eingereichten

„Bier“-Proben wurden 33 als ungenießbar oder schädlich befunden. Wenig Glück scheinen die Erfinder mit Backpulver gehabt zu haben; obgleich es eigentlich kein Mehl gibt zum Kuchenbacken, hat man nicht weniger als 365 Backpulver angemeldet; aber fast zwei Drittel dieser Mittel, 226, mußten als unzulässig erklärt werden. Die Blütezeit des sonst — von den Verkäufern! — so beliebten Ersatzbierwürfels scheint auf absteigender Linie; es gibt nur 114 neue Würfel, und von denen sind nur 73 genießbar. An den Ersatzmitteln für die notwendige und gesuchteste Nahrung scheint allerdings auch der Erfindergeist der Betriebsamsten zu verzweifeln; Fleisch ließ sich nur durch drei Mittel künstlich darstellen, zwei der angemeldeten wurden zurückgewiesen. Und Fleischextrakte gab es nur 18, davon 10 ungenießbare. Die fetthaltigen Lebensmittel scheinen am schwierigsten zu erfinden zu sein: von sechs angemeldeten Fetterzähmitteln wurde nur eins zugelassen, von zwei Mischfettstoffen wurde einer abgelehnt, der einzige angemeldete Margarineersatz blieb ungenießbar. Für Kaffee gibt es 15 (von 43 angemeldeten), für deutschen Tee sogar 96 (von 127), für Feiggetränke 151 (von 198), für Gewürze 50 (von 119) und für Vanillinzucker 17 (von 62) Ersatzmittel. Am meisten Kopfzerbrechen scheint die Erfindung von Würsten bereitet zu haben; es wurden zwar 90 verschiedene Würste „erfunden“, aber nur von 28 ist der Inhalt als „wurstähnlich“ und genießbar festgestellt worden. Auch die Tätigkeit der Henne scheint nicht ohne weiteres zu ersetzen zu sein: von 42 eingereichten Eierersatzmitteln wurden nur sechs zum Verkauf zugelassen.

— **Ein gutes Geschäft.** Velle Peterjohn war der einzige Mann in der Stadt, der ein gutes Fuhrwerk besaß, und er machte gute Geschäfte damit, indem er es an die Nachbarn vermietete. Eines Tages ging Velle in den Krug und mußte sich etwas viel zu, und da er für die öffentliche Sicherheit gefährlich wurde, weil er auf dem Heimweg alle Leute anpöbelte, so nahm ihn die Polizei in Verwahrung. Am nächsten Tag kam er vor Gericht und wurde zu 50 Kronen oder einer Woche Gefängnis verurteilt. Er zog das Gefängnis vor und wurde inzwischen wieder freigesetzt. Das Gefängnis war mehrere Meilen entfernt und man mußte einen Wagen nehmen, um den Gefangenen hineinzuführen. Da Velle, wie gesagt, der einzige Mann in der Stadt war, der einen Wagen hatte, so blieb nichts anderes übrig, als diesen zu mieten. Eine Weile unterhandelte der Wachtmeister mit Velle über die Miete des Fuhrwerks. Velle verlangte 50 Kronen im Voraus, und der Wachtmeister mußte schließlich darauf eingehen. Ohne Zwischenfall kamen sie zum Gefängnis. Als sie ausstiegen, sagte Velle zu seinem Wächter, er habe seinen Entschluß geändert, da das Gefängnis gar nicht vertrauenswürdig aussehe; er wolle lieber die Strafe zahlen. Darauf zog Velle 60 Kronen heraus, die er für den Wagen erhalten hatte und bezahlte dem Wachtmeister 50 davon, dann sprang er auf den Boden und fuhr nach Hause — der Wachtmeister mußte zu Fuß hinterherlaufen.

— **Die Frauen in der politischen Öffentlichkeit.** In Graz wurde Frau Martha Tauss, die Gattin des Psychoanalytikers Dr. Tauss, von den Sozialdemokraten als erste deutsch-österreichische Frau in die Landesvertretung entsandt.

— **Eisenbahnkatastrophe in Oesterreich.** Bei der Südbahnstation Pettau entgleiste ein Zug mit heimkehrenden Truppen. Man zählte achtzig Tote und zweihundert Schwerverwundete.

— **Sechs Millionen veruntreut.** Der Präsidialchef der früheren Landesregierung Salzburg, Regierungsrat Rambois, wurde wegen Veruntreuung von sechs Millionen Kronen verhaftet. Das Geld wurde noch bei ihm gefunden.

— **Elektrische Wahl.** In München wurden in den letzten Tagen mehrfach gelbe Plakate an Haustoren usw. mit Reißnägeln befestigt, auf denen die geheimnisvolle Aufforderung zu lesen war: „Wies wählt jetzt elektrisch! Der Kandidat der Elektrischen wird noch genannt werden.“ Viele vermuteten in dem Plakat ein Geheimzeichen; es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß das Plakat keine politische Bedeutung hat, sondern von einem Geisteskranken stammt.

Eingefandt.

Die „Kreiszeitung“ wunderte sich gestern, daß die Sirene noch nicht ausgeblasen habe trotz Waffenstillstand.

Die Verwunderung ist aber noch vielmehr, daß die Verdunklungsvorschriften noch nicht aufgehoben sind trotz Waffenstillstand.

(Daß die Sirene noch immer weiter heult, auch wenn es weder Sinn noch Zweck hat, damit haben wir uns schon abgefunden. Die Sirenenleute, so wird uns gesagt, warten nämlich noch auf den „Befehl“. Bezüglich der Verdunklungsvorschriften verweisen wir auf die heutige Veröffentlichung der Polizeiverwaltung. Red.)

Kurhaus-Konzerte.

Mittwoch, 13. Nov., abends von 8¼–10 Uhr, Joh. Strauß-Abend. 1. Mit vereinten Kräften. 2. Ouvertüre Die Fledermaus. 3. Frühlingsstimmen, Walzer. 4. Potpourri Der lustige Krieg. 5. Märchen a. d. Orient, Walzer. 6. Ständchen. 7. Potpourri Das Spikentuch der Königin.

Donnerstag, 14. Nov., von nachmittags 4–6 Uhr, Konzert. Dirigent: Kapellmeister Oskar Holger. 1. Einzug der Gladiatoren, Marsch (Zucif). 2. Ouvertüre Die Zigeunerin (Balse). 3. Potpourri Die Afrikaner (Suppe). 4. Intermezzo a. d. Bajazzo (Gibullia). 5. Ouvertüre Die Hellenen (Reißiger). 6. Walzer Blütenzauber (Zanovici). 7. Fantasia aus Die Verlobung bei der Latone (Offenbach).

Abends 7½ Uhr im Kurtheater „Almenrausch und Edelweiß“, Volksstück mit Gesang und Tanz von Hans Neuert.

Verdunkelung.

Die Verdunkelungsvorschriften werden hiermit aufgehoben. Die Verordnung des Magistrats vom 10. 10. 18 betreffend Beschränkung der Beleuchtung und Beheizung in offenen Verkaufsstellen wird hierdurch nicht berührt.

Bad Homburg v. d. H., den 12. November 1918.

Polizeiverwaltung.

Auf die gelben Notbezugsscheine

Nr. 1601—1800 werden am Donnerstag, den 14. November, vormittags 8—12 Uhr bei H. Göttinger, Haingasse, je 1 Zentner Eisformbriketts (Mk. 4.—) ausgegeben.

Die Ausgabe weiterer gelben Notbezugsscheine auf Kohlenmarke Nr. 13 erfolgt am

Montag, den 18. November, 9—12 Uhr und 2—5 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungsraum (Rathaus.)

Mittwoch, den 20. November, 9—12 Uhr und 2—5 Uhr im Bezirksvorsteherbüro (Kirdorf).

Die ganze Kohlenkarte, mit Name des Inhabers versehen, ist vorzulegen.

Ortskohlenstelle.

Nassauische
Landesbank



Nassauische
Sparkasse

Mündelsicher unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Landesbankstelle (Zweigstelle) Bad Homburg v. d. H.
Kisseloffstrasse 1b. Fernruf 469.

Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 618.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung auf bestimmte Zeit.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung.

Sonstige Geschäftszweige.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots) An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks Einlösung fälliger Zinsscheine.

Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut des Bezirksverbandes d. Regierungsbezirks Wiesbaden und Cassel.

Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 17 000.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Wiesbaden, Rheinstrasse 44.

Versteigerungen

und Abschätzungen von Mobilien, Schäden aller Art, sowie sachgemäße Erledigungen von Pfandverkäufen, Nachlasson, Konkursen.

ferner Uebernahme ganzer Haushaltungen, Einzeilmöbel gegen sofortige Abrechnung.

Lagerung und Aufbewahrung von Mobilien, Wertgegenstände etc. unter günstigen Bedingungen übernimmt

August Herget,

Taxator und beeidigter Auktionator.

Bad Homburg v. d. Höhe. Dorotheenstrasse Nr. 35. Telefon 772.

Frachtbriefe (kleines Format)

mit und ohne Firma-Eindruck in der Geschäftsstelle der Kreis-Zeitung erhältlich.

Zopfausstellung Kesselschläger

Bad Homburg

Lonisenstrasse 87.

Zöpfe von Mk. 7.— an.

Anfertigung und Ausbessern sämtlicher Haararbeiten.

Ausgekämmtes Haar wird in Zahlung genommen.

Haar-Beobachtung und Behandlung bei Haarausfall, Haarspalte und kahlen Stellen.

Die Säuglingsküche des Vaterländischen Frauen-Vereins

sucht ein junges Mädchen oder unabhängige Frau mit höherer Schulbildung als freiwillige Hilfe zur Unterstützung der Leiterin.

Vorzustellen bei Frau Major Schenk, Brendelstraße 7, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 3 bis 4 1/2 Uhr.

laut Verfügung des Kriegsausschusses für Oele und Fette Berlin, ist meine Mühle

im ganzen Regierungsbezirk Wiesbaden

für die Verarbeitung von Bucheckern

gegen Delschlagschein zugelassen. Für 12 Pfund luftgetrocknete Bucheckern gebe ich ein Liter reines Bucheckernöl und die entsprechenden Kuchen. Die Annahme erfolgt gegen auf meine Mühle ausgestellte Delschlagscheine in meiner Fabrik.

Philipp E. Fauth, Delfabrik.
Dohheim.

Spar- und Vorschaukasse zu Homburg v. d. Höhe.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Hudenstraße No. 8

Giro-Konto Dresdner Bank.

Postsparkonto No. 588 Frankfurt a. M.

Geschäftsfreis

nach den Bestimmungen unserer Vereinsstatuten geordnet für die einzelnen Geschäftszweige.

Sparkassen-Verkehr

mit 2 1/2 % und 4 %iger Verzinsung beginnend mit dem 1. und 15. des Monats. Kautale Bedingungen für Rückzahlungen.

Scheck- und Ueberweisungs-Verkehr.

Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslösung.

Wechsel-, Conto-Corrent- und Darlehens-Verkehr

gegen Bürgschaft, Hinterlegung von Wertpapieren und sonstige Sicherstellung.

Postsparkassen-Verkehr

unter No. 588 Postsparkasse Frankfurt am Main.

An- und Verkauf von Wertpapieren, Wechseln in fremder Währung, Coupons und Sorten.

Aufbewahrung und Verwaltung von

Wertpapieren

gegen mäßige Vergütung.

Die Aufbewahrung der Depots geschieht in unserem feuer- und einbruchssicheren Stahlpanzer-Gewölbe.

Erledigung aller sonstigen in das Bankfach einschlagenden Geschäfte unter den günstigsten Bedingungen.

Statuten und Geschäftsbestimmungen sind kostenfrei bei uns erhältlich.

Fräulein

20 Jahre alt, sucht in besserem Hause den Haushalt und gute Umgangsformen zu erlernen. Bedingung: Familienanschluß, gute und liebevolle Behandlung.

Offerten: **A. Zingel**, Postsekretär, Höchst (Main).

Prima

Einlegschweine

zu verkaufen.

Heinrich Weil, Obergasse 5.

Gute

Milchkuh

(frischmelkend) verkauft

Emil Lather,

Meßger, Anspach.

Ein gut erhaltenes

4-sitziges Braef

zu verkaufen.

W. Thorwesten

Schwalbach a. T.

Vorschriftsmäßige

Personalausweise

erhältlich in der Kreisblatt-Druckerei Bad Homburg.

An- u. Abmeldungen

für Fremde und Dienstpersonal lose und in Blöcke vorräthig in der „Kreisblatt-Druckerei“.